



PRESSEMITTEILUNG

Bundestag stimmt für umstrittenes GKV-Spargesetz: Psychotherapeutische Versorgung massiv angegriffen

Berlin, 10. Juli 2026. Der Deutsche Bundestag hat heute das umstrittene GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) beschlossen. Das Aktionsbündnis Psychotherapie e.V. warnt vor gravierenden Folgen für die ambulante psychotherapeutische Versorgung. Geplante Kürzungen und Einschränkungen der bislang extrabudgetären Vergütung gefährden die wirtschaftliche Existenz vieler Praxen und verschärfen die ohnehin angespannte Versorgungslage. Leidtragende werden vor allem Patient*innen sein.

Besonders kritisch bewertet das Aktionsbündnis den kurzfristig eingebrachten Antrag, den sozialgerichtlich verankerten Anspruch auf eine angemessene Mindestvergütung psychotherapeutischer Leistungen zu streichen. Dieser Vorstoß stellt einen beispiellosen Eingriff in die wirtschaftlichen Grundlagen der ambulanten Psychotherapie dar. Die Beibehaltung der extrabudgetären Vergütung für die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie als Erfolg darzustellen, greift aus Sicht des Bündnisses deutlich zu kurz.

In den vergangenen Wochen hatten Psychotherapeut*innen, Fachverbände und auch der Gesundheitsausschuss des Bundesrates eindringlich vor den Folgen der Sparmaßnahmen gewarnt. Mit dem heutigen Beschluss hält die Bundesregierung dennoch an den Kürzungen fest. Das Aktionsbündnis befürchtet den Verlust zahlreicher Therapieplätze und ein Praxensterben mit weitreichenden Folgen für die psychotherapeutische Versorgung.

Bundesgesundheitsministerin Nina Warken verteidigt das Gesetz mit dem Hinweis, es handle sich um ein Spargesetz und Versorgungsfragen müssten an anderer Stelle gelöst werden. Das Aktionsbündnis hält dagegen: Das BStabG verschärft die bestehenden Versorgungsprobleme und gefährdet den Zugang zu psychotherapeutischer Behandlung für Millionen Menschen.

„Trotz massiver Kritik verschlechtert die Bundesregierung mit diesem Gesetz den Zugang zu Psychotherapie und gefährdet die ambulante Versorgung. Wir rechnen mit Praxiserschließungen und weniger Nachwuchs – die Leidtragenden sind Menschen, die auf psychotherapeutische Hilfe angewiesen sind“, so Ronja Nippert, Vorstandsvorsitzende des Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.

Das Aktionsbündnis kündigt an, sich weiterhin gemeinsam mit den Berufsverbänden für eine bedarfsgerechte und einkommensunabhängige psychotherapeutische Versorgung einzusetzen und politische Korrekturen einzufordern.

Pressekontakt:

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Magdalena Zellfelder-Ströder
presse@aktionsbueundnis-psychotherapie.info

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbueundnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbueundnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbueundnis-psychotherapie.info

Vereinssitz: Frankfurt am Main

Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.

Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart

Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe

Vorstand: Ronja Nippert, Essen

Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz

Linden-Ambulanz

Bettinastraße 53-55,

60325 Frankfurt-Westend a. M.